

Niederschrift

über die 19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Donnerstag, dem 11.09.2025 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:23 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Bender, Gregor
Bolte, Rainer
Bontrup, Martin
Danielczyk, Ralf
Holz, Anton
Klaus, Markus
Leufgen, Anke
Lütkecosmann, Josef (Vertretung für Herrn
Dr. Julian Allendorf)
Schulze Entrup, Antonius
Schulze Eskin, Werner
Selhorst, Angelika
Wenning, Thomas, Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Bukelis-Graudenz, Tanja
Knuhr, Willi
Mensmann, Ludger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Schreiber, Tim
Spräner, Uta
Wiederkehr, Rolf

FDP-Kreistagsfraktion

Loest, Sebastian

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Kullik, Angela

Verwaltung

Berning, Nele
Boehle, Jens
Bölte, Stefan
Claas, Daniel (bis TOP 3)
Cramer, Ruth (bis TOP 3)
Helmich, Ulrich
Hemsing, Sophie (Schriftführerin)
Wermelt, Kai

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bericht über das Betriebsjahr 2024 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft
Vorlage: SV-10-1544
- 2 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und der Gemeinde Not-
tuhn zur ökologischen Verbesserung der Stever
Vorlage: SV-10-1562
- 3 Sachstandsbericht zum Förderprojekt "Natürlicher Klimaschutz im Kreis Coesfeld"
(NKS_COE)
Vorlage: SV-10-1573
- 4 Sachstandsbericht zur Entwicklung der Ausländerbehörde
Vorlage: SV-10-1576
- 5 Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bo-
dengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung
Vorlage: SV-10-1592
- 6 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1544

Bericht über das Betriebsjahr 2024 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft

Vorsitzender Dr. Wenning bittet MA Bölte um Erläuterung des Berichtes.

MA Bölte führt aus, dass das Jahresergebnis insgesamt erfreulich ausgefallen sei. Es seien große Mengen Bio- und Grünabfall im Kompostwerk verwertet worden, woraus Biomethan gewonnen werden konnte. Aufgrund der Witterung seien 3.000 Tonnen über der kalkulierten Menge angefallen, sodass auch höhere Gebühreneinnahmen erzielt werden konnten. Insgesamt weiche das Ergebnis nur 2,5 % vom Plan ab.

MA Bölte weist auf die Mehrkosten aufgrund der CO₂-Abgabe hin. Dieser komme kein Lenkungscharakter zu, sie werde auch von den Interessenverbänden kritisch gesehen, sei jedoch trotzdem in das Gesetz übernommen worden. Im nächsten Jahr sei hier eine weitere Steigerung zu erwarten, sodass auch höhere Gebühren kalkuliert werden müssten.

MA Bölte erläutert, dass im Jahresergebnis 2024 im Bereich der Alttextilverwertung Kosten und Einnahmen noch ausgeglichen seien. Die aktuelle Kalkulation sehe jedoch aufgrund der schlechter werdenden Bedingungen im Alttextilmarkt für die Zukunft eine Kostensteigerung vor. Aktuell seien nahezu keine Erlöse mehr zu erzielen, weshalb gewerbliche Sammler zum Teil die Sammlungen einstellen würden. Dies wirke sich aufgrund überfüllter Container auch auf das Straßenbild aus. In diesen Fällen müsse der öffentlich-rechtliche Versorger einspringen, auch wenn keine Erlöse mehr zu erzielen seien. Hier seien in Zukunft Kosten für den Gebührenzahler zu erwarten.

Ktabg. Schreiber weist auf die Richtlinie der EU hin, wonach Altkleider nicht mehr im Restmüll entsorgt werden dürfen, und erkundigt sich, ob ein Zusammenhang mit den überlaufenden Sammlungen bestehe.

MA Bölte bestätigt einen solchen Zusammenhang und verweist auf die begrenzte Verwertungskapazität bei Recyclern. Der Markt werde auch hier durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Aktuell werde eine größere Menge gesammelt, im laufenden Jahr habe sich die Menge im Markt etwa verdoppelt. Der Preis sei nun eingebrochen, da kein weiterer Absatzmarkt vorhanden sei.

Ktabg. Schreiber erkundigt sich, warum die Abwassergebühren gestiegen seien.

MA Bölte erläutert, dass dies maßgeblich mit den Sickerwassermengen der Deponie Höven zu begründen sei. Aufgrund extremer Niederschlagsereignisse sei es zu einer hohen Sickerwasserbildung gekommen. Es handele sich hierbei um ein Einmalergebnis, und es werde gehofft, dass dies zukünftig nicht mehr auftrete.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1562

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und der Gemeinde Nottuln zur ökologischen Verbesserung der Stever

Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass eine solche öffentlich-rechtliche Vereinbarung bereits aus Billerbeck bekannt sei, und bittet MA Bölte um weitere Erläuterung.

MA Bölte führt aus, dass die Maßnahme Teil des Ausgleichsflächenmanagements der WBC sei. Hierdurch könnten Synergieeffekte und eine Strukturgüteverbesserung im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erzielt werden. Es seien Flächen von der Gemeinde Nottuln erworben worden, die ökologisch aufgewertet würden. Auch der Hochwasserschutz im Ortsteil Appelhülsen werde hierdurch verbessert.

Die Maßnahmen erfolgten analog zur Berkelrenaturierung in Billerbeck. Die Gemeinde Nottuln verfüge über eigene Flächen, die gemeinsam zu einem größeren Renaturierungsabschnitt (unterteilt in nördlichen und südlichen Teil) zusammengefasst würden. Der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur kommunalen Zusammenarbeit führe hier zu einer Win-Win -Situation.

Vorsitzender Dr. Wenning wies darauf hin, dass die Maßnahme auch im Aufsichtsrat besprochen werde.

Ktabg. Holz erläutert, dass der Gesetzgeber die Ausbauverpflichtung von Gewässern an die Wasser- und Bodenverbände gegeben habe. Er erkundigt sich, ob für die Maßnahme eine Landesförderung erfolge.

MA Bölte erklärt, dass die Förderung bereits mit der Bezirksregierung vorbesprochen sei. Die Maßnahme werde durch das Land zu 80 % gefördert, sodass ein Eigenanteil von 20 % verbleibe. Die Finanzierung erfolge über Ökopunkte, die schließlich der Gemeinde gutgeschrieben würden. Am Ende verbleibe damit eine Finanzierung auf Basis der Selbstkosten.

Der Wasser- und Bodenverband werde in die weiteren Planungsschritte eingebunden, aktuell gebe es nur eine Absichtserklärung. In der weiteren Planung werde dann der Wasser- und Bodenverband eingebunden, der letztendlich auch in der Verantwortung für die Unterhaltung des Gewässers verbleibe.

S.B. Wiederkehr erkundigt sich, ob die Gewässerstrukturgüte nach Abschluss der Maßnahme überprüft werde und ob es eine Zielvorgabe gebe.

MA Bölte erklärt, dass das Ziel sei, Güteklasse 3 zu erreichen und die Zielerreichung auch wahrscheinlich sei. Das Beispiel Billerbeck habe verdeutlicht, wie viel in kurzer Zeit mit überschaubarem Aufwand erreicht werden könne.

Ktabg. Schreiber schließt sich der Bewertung als Win-Win-Situation an. MA Bölte stellt auf Nachfrage klar, welche in der Karte zur Sitzungsvorlage dargestellten Flächen der WBC gehören.

Ktabg. Schreiber erkundigt sich, wie viele Ökopunkte mit der Maßnahme voraussichtlich erzielt werden könnten.

MA Bölte teilte mit, dass dies aktuell noch nicht beurteilt werden könne, jedoch mit mehreren 100.000 Punkten gerechnet werden könne.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und der Gemeinde Nottuln zur Renaturierung der Stever wird zugestimmt.

Dem Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde Nottuln, dem Kreis Coesfeld und der WBC zur Renaturierung der Stever wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1573

Sachstandsbericht zum Förderprojekt "Natürlicher Klimaschutz im Kreis Coesfeld" (NKS_COE)

Vorsitzender Dr. Wenning übergibt das Wort an MA Cramer, die den aktuellen Sachstand der Förderprojekte darstellt.

Der Vortrag folgt der Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Ergänzend trägt MA Cramer Folgendes vor:

In Bezug auf die Gräftensanierung seien die Ausschreibung und Submission der Arbeiten erfolgt, aktuell würden die Aufträge vergeben, sodass mit einem Beginn der Baustelle Ende September oder Anfang Oktober zu rechnen sei. Hierüber werde in der Presse informiert. Gleichzeitig seien auch zwei Termine zur Information der Bevölkerung geplant.

Die Entschlammung der Innengräfte erfolge erst 2026. Hierzu sei nun eine biologische Entschlammung anstelle der ursprünglich geplanten mechanischen Entschlammung vorgesehen.

Die Umgestaltung der Außengräfte sei stark witterungsabhängig. Die vorhandene organische Masse werde abgefahren, der Boden verbleibe vor Ort. Im Anschluss werde die Gräfte neu geflutet.

Hinsichtlich der weiteren zur Fördermaßnahme gehörenden Projekte führt MA Cramer Nachfolgendes aus: Die geplanten Bäume würden sukzessive gepflanzt. Die Außengestaltung des Parkhauses sei bis auf einzelne Nachbesserungen abgeschlossen. Die Dachbegrünung erfolge voraussichtlich im September. Die Arbeiten im Bereich der Geländeniederung erfolgten erst ab 2026.

Ktabg. Bontrup erkundigt sich, wo die abgetragene biologische Masse aus der Gräfte verbleibe.

MA Cramer erläutert, dass diese entweder als Kompost oder Mulchmaterial wiederverwertet werde. Die beauftragte Firma habe bereits Erfahrung in diesem Bereich.

Ktabg. Bontrup fragt, ob auch eine Bodenentsorgung erforderlich sei.

MA Cramer verneint dies. Lediglich bei der Innengräfte bestehe ein Problem mit erhöhten Zinkwerten. Daher sei dort auch die biologische Methode sinnvoller.

Ktabg. Schulze Esking erkundigt sich, ob es nicht sinnvoller und wirtschaftlicher sei, den Start in den nächsten Sommer zu verschieben, da dann mehr Trockenphasen zu erwarten seien.

MA Cramer bestätigt, dass ein früherer Start zwar wünschenswert gewesen sei, ein Zeitraum von 7-8 Wochen jedoch ausreichend für die Durchführung der Maßnahmen sei. Zudem sei die Durchführung der Maßnahme im Förderantrag für dieses Jahr vorgesehen. Ein weiteres Verschieben sei nur dann möglich, wenn dies aufgrund der Witterung zwingend erforderlich werde. Aktuell sei der Boden jedoch gut abgetrocknet.

Ktabg. Leufgen erfragt im Hinblick auf die 700 geplanten Bäume, ob aufgrund der klimatischen Anforderungen verschiedene Baumarten ausgewählt würden.

MA Cramer erklärt, dass die ZUG im Zuge der Förderung vorgebe, dass bestimmte Arten nicht verwendet werden dürften. Es sei geplant, verschiedene Arten zu verwenden, etwa Ahorn, Linde, Eiche oder Mehlbeere.

Ktabg. Holz begrüßt, dass die Maßnahme an der Gräfte der Burg Vischering nun in den kommenden Monaten umgesetzt werde, nachdem diese in den vergangenen fünf Jahren mehrfach abgebrochen werden musste. Der Boden sei gut abgetrocknet, es gebe jedoch auch viel Aufwuchs in der Gräfte. Die nun neue Planung sehe vor, dass es keine Inselbildung im Bereich der Gräften mehr gebe. In Lüdinghausen führe die Maßnahme immer wieder zu Unruhen, auch weil das Gelände nicht zugänglich sei.

Mit Bezug auf die Innengräfte erklärt Ktabg. Holz, dass bereits bei der Planung auf die Zinkproblematik hingewiesen und auch in diesem Ausschuss Edelstahl als Alternative vorgeschlagen worden sei. Dies sei damals durch den Künstler abgelehnt worden. Ktabg. Holz erfragt, was mit dem abgeschöpften Wasser geschehe.

MA Cramer führt aus, dass Zink nur in der Innengräfte festzustellen sei. Bei einer biologischen Sanierung verbleibe das Zink vor Ort. Erst in 70-80 Jahren sei dann deponiebedürftiges Material vorhanden. Die biologische Sanierung biete den Vorteil, dass auch andere Stoffe, etwa Phosphat, gebunden würden.

Ktabg. Schreiber dankt für den Vortrag und stellt fest, dass das Projekt auf einen Antrag im Ausschuss hin überhaupt angestoßen worden sei. Im Vortrag sei ausgeführt worden, dass die Eutrophierung durch die Inselbildung in der Gräfte begünstigt worden sei. Die Inselbildung habe jedoch auch Nistmöglichkeiten geboten. Er erkundigt sich, ob durch die geänderte Topographie dennoch Nistgelegenheiten vorhanden seien.

MA Cramer erklärt, dass Nistmöglichkeiten explizit nicht geschaffen werden sollten.

S.B. Wiederkehr fragt im Hinblick auf die noch zu pflanzenden Bäume, wie sich die Preise ergeben und ob hierin bereits die Pflege berücksichtigt sei.

MA Cramer stellt klar, dass die Pflege bereits bei den Kosten berücksichtigt sei. Bei der Auswahl der Bäume sei auf eine angemessene Größe zu achten.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1576

Sachstandsbericht zur Entwicklung der Ausländerbehörde

Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass die Verwaltung durch einen gemeinsamen Antrag im Ausschuss beauftragt worden sei, die Organisation und Arbeitsabläufe in der Ausländerbehörde extern auf mögliche Optimierungsbedarfe hin zu untersuchen. Dem habe sich die Verwaltung angenommen, allerdings ohne einen externen Dienstleister zu beauftragen.

Dezernent Helmich führt aus, dass es in der Vergangenheit zu längeren Antragsprüfzeiten, auch aufgrund des starken Zustroms an Flüchtlingen, gekommen sei. Unter Hinzuziehung der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) sei durch die eigenen Mitarbeitenden ein fortlaufender Prozess angestoßen worden, der ausführlich im Bericht dargestellt werde. Dadurch seien die Antragslaufzeiten verkürzt worden. Aktuell sei zudem ein geringerer Zustrom zu verzeichnen, dennoch werde weiterhin eine Antragswelle vorhergeschoben, die jedoch langsam abgebaut werde. In der letzten Zeit habe es zudem einige Personalzuwächse gegeben. Die Verfahrensoptimierung sei auf einem guten Weg dank der Bemühungen der Kollegen.

Die Hinzuziehung von externen Beratern erfordere zunächst viel Input. Dies war bei der hier gewählten Vorgehensweise nicht erforderlich. Die Verbesserung sei jedoch nie abgeschlossen, auch der Einsatz von KI werde geprüft.

MA Wermelt ergänzt, dass durch einen Förderbescheid des Landes auch Anschaffungen, z. B. im Bereich der Technik, möglich gewesen seien. Insgesamt habe sich die Stimmung in der Ausländerbehörde deutlich verbessert. Auch die Arbeitsprozesse seien optimiert. MA Wermelt dankt hierfür insbesondere den beteiligten Kollegen.

Ktabg. Dropmann begrüßt, dass die Maßnahmen selbst organisiert worden seien, und betont, dass es sinnvoll sei, wenn alle Mitarbeiter beteiligt würden. Mit Bezug auf den Bericht sei ihm aufgefallen, dass Geflüchtete aus der Ukraine nicht bei den betreuten Personengruppen aufgelistet seien.

Dezernent Helmich stellt klar, dass auch diese von der Ausländerbehörde betreut würden. Es gebe hierzu eine eigene Arbeitsgruppe, die auch aktuell noch aktiv sei.

MA Wermelt erläutert, dass Geflüchtete aus der Ukraine unter den im Bericht genannten dritten Punkt (Ausländer, die für gesetzlich definierte Aufenthaltszwecke einen Aufenthaltstitel benötigen) gefasst werden könnten.

Vorsitzender Dr. Wenning schlägt vor, dass diese auch unter dem Stichwort „Betreuung Schutzsuchender“ subsumiert werden könnten.

Ktabg. Bukelis-Graudenz dankt für den Bericht. Positiv sei hervorzuheben, dass Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen (kurz-, mittel- und langfristig) angestoßen worden seien. Sie bittet darum, in regelmäßigen Abständen weiter über den Sachstand zu informieren.

Ktabg. Leufgen betont, dass die Ausländerbehörde des Kreises Coesfeld einen guten Service biete und sie dies auch bei dienstlichen Kontakten regelmäßig feststellen könne. Sie hebt insbesondere die Digitalisierung hervor.

Vorsitzender Dr. Wenning spricht der Verwaltung seinen Dank für den Bericht und seine Anerkennung für die erzielten Fortschritte aus. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-1592

Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bodengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung

Dezernent Helmich erläutert, dass es sich bei der angestrebten Gründung der Trägergemeinschaft um die Fortsetzung einer Zusammenarbeit handle, die bereits seit mehreren Jahren bestehe. Ein Intensivtransportwagen werde vom Arbeiter-Samariter-Bund betrieben. Es handle sich hierbei um eine „rollende Intensivstation“, die in der Regel für Verlegungen, nicht jedoch für einen Akuttransport benötigt werde. Solche Transporte seien nicht so häufig, dass einzelne Städte oder Kreise allein einen solchen Wagen vorhalten müssten. In Abstimmung mit den Kostenträgern solle die bisherige Zusammenarbeit nun auch auf eine rechtlich sichere Basis gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Wenning hebt hervor, dass eine solche Zusammenarbeit nur sinnvoll sei und hierdurch für den Kreis Coesfeld keine eigenen Kosten entstünden.

Beschluss:

1. Der Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bodengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung für die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und der Stadt Münster wird zugestimmt. Kernträger und Standort des Intensivtransportwagens soll die Stadt Münster werden.
2. Der Landrat des Kreises Coesfeld wird ermächtigt, die im Entwurf (Anlage 1) beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung der Trägergemeinschaft zu unterzeichnen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten des Intensivtransportwagens über Rettungsdienstgebühren refinanziert werden.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 6 öffentlicher Teil**Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

keine

TOP 7 öffentlicher Teil**Anfragen der Ausschussmitglieder**

Ktabg. Holz führt aus, dass es sich um die letzte Ausschusssitzung der aktuellen Periode handle und Vorsitzender Dr. Wenning als Ausschussvorsitzender zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehe. Ktabg. Holz spricht Vorsitzendem Dr. Wenning seinen Dank für fast zwanzig Jahre als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, die Sitzungsführung, die gute Vorbereitung und die Suche

nach Kompromissen und Lösungen aus. Der Ausschuss habe sich stets durch ein tolles Klima – auch fraktionsübergreifend – ausgezeichnet. Ktabg. Holz dankt Vorsitzendem Dr. Wenning für die geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich ebenfalls beim Ausschuss für die gemeinsame Arbeit, die er sehr genossen habe.

Dezernent Helmich spricht Vorsitzendem Dr. Wenning ebenfalls seinen Dank aus. Bei den Vorbereitungen zur Sitzung habe immer ein intensiver Kontakt bestanden. Der Ausschuss habe sich stets durch eine gute Stimmung und einen fairen Umgang miteinander ausgezeichnet.

Vorsitzender Dr. Wenning schließt den öffentlichen Teil um 17:14 Uhr.



Dr. Wenning
Vorsitzender



Hemsing
Schriftführerin